

THEMA IM LANDTAG

»Unsozial und dilettantisch«

Landesregierung blamiert sich bei Studiengebühren

Es war ein Waterloo für Wissenschaftsminister Stratmann (CDU). Drei Tage vor der Unterzeichnung des ‚Zukunftsvertrages‘ mit den Hochschulen musste er in einer Fragestunde im Landtag einräumen, dass seine mit den Uni-Präsidenten abgestimmten Pläne zur Einführung von Studiengebühren Makulatur sind. Die SPD-Fraktion ist strikt dagegen, dass die 150.000 Studierenden in Niedersachsen zur Kasse gebeten werden.

»Solidität? Verlässlichkeit? Berechenbarkeit? Niedersachsens CDU/FDP-Regierung, die diese Tugenden so penetrant im Mund führt, hat auch beim Einführen von Studiengebühren wieder kräftig gestümpert« – so kommentiert die Braunschweiger Zeitung das Desaster von Minister Stratmann.

»Wissenschaftsminister Stratmann hat die Einführung von Studiengebühren zu seinem zentralen politischen Projekt erklärt«, sagte die hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Dr. Gabriele Andretta. »Er ist bei der Umsetzung grandios gescheitert.« Der Minister habe sämtliche Versprechen gegenüber Hochschulen und Studierenden gebrochen: »Die Studiengebühren verbleiben nicht in voller Höhe bei den Hochschulen. Sie werden nicht zum Wintersemester 2006/2007 eingeführt. Die Hochschulen können nicht selbst über die Einführung und die Höhe von Studiengebühren entscheiden. Für Härtefälle kommt nicht das Land auf.«

Zur Erinnerung: Am 26. Januar 2005 hat das Bundesverfassungsgericht das von der rot-grünen Bundestagsmehrheit beschlossene Verbot von Studiengebühren gekippt. Noch am selben Tag erklärte Minister Stratmann: »Wir werden unsere Hochschulen nicht zwingen, Studienbeiträge zu erheben, ihnen aber die Möglichkeit dazu einzuräumen.« In der letzten Woche stellte sich heraus: Die Hochschulen werden zur Erhebung von Studiengebühren gezwungen.



Dr. Gabriele Andretta,
wissenschaftspolitische Sprecherin

- Am 11. März legten die unionsgeführten Bundesländer ein »Eckpunktepapier« zur Einführung von Studiengebühren vor. Sie erklärten zugleich,

Liebe Leserinnen und Leser,



Wolfgang Jüttner

es hat nicht gereicht. Gerhard Schröder wird nicht Bundeskanzler bleiben. Das ist eine herbe Enttäuschung für die vielen Tausend Menschen, die im Wahlkampf für ihn und mit ihm gekämpft haben – gerade in der niedersächsischen SPD.

Die Verabredungen zwischen Union und SPD zur Vorbereitung von Koalitionsverhandlungen sind ein Kompromiss. Alle Beteiligten haben Zugeständnisse machen müssen. Realistischerweise muss man feststellen: Das Ergebnis vom 18. September 2005 hat keine andere Option zugelassen, Gerhard Schröder und Franz Müntefering haben in den Vorgesprächen das Maximum des Erreichbaren herausgeholt.

Wir wollten keine Große Koalition, aber das Wählervotum zwingt dazu, uns mit der Union zu verständigen. In den jetzt beginnenden Verhandlungen geht es darum, möglichst viele von unseren Positionen im Koalitionsvertrag durchzusetzen. Ich bin zuversichtlich, dass das gelingen wird. Denn die Union weiß: Für ihr Gesellschaftsmodell gibt es in Deutschland keine Mehrheit.

Eine Große Koalition bietet auch Chancen: Die Union wird ihre Blockadepolitik im Bundesrat aufgeben müssen. Zentrale Projekte wie die Föderalismusreform und der Subventionsabbau können umgesetzt werden.

Klar ist aber: Auch wenn wir auf Bundesebene mit der Union zusammenarbeiten, werden wir in der Landespolitik nicht auf einen Schmusekurs mit »Wulff & Co.« einschwenken. Wir werden unsere bisherige Oppositionspolitik weiterführen – hart aber fair. Ansätze zur Kritik gibt es mehr als genug.

Euer

W. J. *[Signature]*

- ihre Pläne eng miteinander abstimmen zu wollen. Davon ist keine Rede mehr.
- Am 12. Juli 2005 beschloss die niedersächsische Landesregierung einen »Zukunftsvertrag«. Darin ist die Einführung von Studiengebühren zum Wintersemester 2006/2007 festgeschrieben. Den Hochschulen wurde versprochen, dass ihnen die Einnahmen aus Studiengebühren ungeschmälert zufließen. Inzwischen ist klar: Die Hochschulen werden nur einen Teil der Einnahmen aus den Studiengebühren behalten dürfen.
 - Am 27. September 2005 verkündete die CDU-Fraktion, dass etwa 10 Prozent der Studierenden als »Härtefälle«

von der Gebührenpflicht ausgenommen werden sollen. Seit vergangener Woche wissen die Hochschulen, dass sie die daraus resultierenden Minder-Einnahmen von rund 15 Millionen Euro komplett zu tragen haben. »Damit werden Hochschulen, an denen beispielsweise viele Studierende mit Kindern eingeschrieben sind, massiv benachteiligt«, sagte Andretta.

Massiven Unmut über den Dilettantismus des Wissenschaftsministers gibt es nicht nur in den Hochschulen. Auch in den Fraktionen von CDU und FDP wird das Murren über Stratmann immer lauter. Die FDP war in die neuen Pläne gar nicht erst eingeweiht und will erst in der nächsten Wo-

che über die Eckpunkte beraten. Die Folge: Die Hochschulen mussten am 11. Oktober einen »Zukunftsvertrag« mit dem Land unterschreiben, der ihnen massive Kürzungen auferlegt und zugleich den entscheidenden Punkt offen lässt, wie die Studiengebühren in Niedersachsen ausgestaltet werden.»Die Hochschulen müssen in den nächsten Jahren die absehbaren Tarifsteigerungen aus ihrem Haushalt finanzieren. Und sie werden kaum noch international renommierte Wissenschaftler berufen können, weil die notwendigen Mittel schlicht fehlen. Die Studierenden werden zur Kasse gebeten und bei den Hochschulen wird gekürzt. Diese Landesregierung verspielt die Zukunft Niedersachsens«, faßt Andretta zusammen.

Landesregierung rudert bei Privatisierungsplänen für den Maßregelvollzug zurück Nun auch die Verkaufspläne für die Landeskrankenhäuser vom Tisch nehmen

Die massiven Proteste gegen die Privatisierungspläne der Landesregierung zeigen erste Wirkung. CDU und FDP nehmen inzwischen Abstand von ihrem ursprünglichen Vorhaben, psychisch kranke Straftäter nicht mehr der Obhut des Staates anzuvertrauen.

Ideologisch verbohrt zeigt sich die Landesregierung dagegen bei ihren Verkaufsplänen für die Landeskliniken. Dabei sprechen die Fakten für sich:

1. Die Landeskrankenhäuser gehören republikweit zu den qualitativ besten. Das hat schon vor zwei Jahren ein Qualitätsbericht des Sozialministeriums selbst bestätigt.
2. Auch der Maßregelvollzug ist im Hinblick auf therapeutische Effizienz und Sicherheit bundesweit Spitze.
3. Auf 270 Millionen Euro wurde in der Vergangenheit der Wert der Kliniken veranschlagt. Nun will die Landesregierung die Landeskrankenhäuser unter Wert für nur 100 Millionen Euro

losschlagen. Dies bedeutet nichts anderes, als dass das Landesvermögen in rund dreistelliger Millionenhöhe verschleudert würde.

4. Die Gleichung »Privat gleich kostengünstiger« geht auch in diesem Fall nicht auf. Denn einerseits stricke künftig der private Betreiber der Landeskliniken die Gewinne ein, andererseits könnte er dem Land die zu zahlenden Pflegesätze diktieren.

Offenbar geht es der Landesregierung weniger um die Landeskrankenhäuser als solche, sondern darum, die 6.400 Beschäftigten aus dem öffentlichen Dienst zu drängen, um sich anschließend für den Stellenabau im Landesdienst feiern zu lassen.



**Uwe Schwarz,
sozialpolitischer Sprecher**

Die SPD-Fraktion hatte schon im Jahr 2003 Vorschläge gemacht, wie die Landeskliniken künftig aufgestellt werden sollten: »Wir sind offen für deren Neuorganisation. Klar ist aber auch: Die Landeskrankenhäuser müssen in staatlicher Verantwortung bleiben«, erklärte der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Uwe Schwarz.

Die Vorschläge des Landesrechnungshofes weisen dazu den Weg: »Die Organisation der Landeskrankenhäuser in zwei Anstalten des öffentlichen Rechts wäre wirtschaftlicher und sozialpolitisch vernünftiger als ein Verkauf«, so Uwe Schwarz.

Impressum

**SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover**

V.i.S.d.P.:

Dr. Cornelius Schley; Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion:

Tobias Dünow (E-Mail: Tobias.Duenow@Lt.Niedersachsen.de)
Thilo Scholz (E-Mail: Thilo.Scholz@Lt.Niedersachsen.de)

Layout und Satz:

Andreas Schneider (E-Mail: Andreas.Schneider@Lt.Niedersachsen.de)

Keine weitere Trickserei im Haushalt

Die geplanten Erlöse für den Verkauf der Landeskrankenhäuser im Haushaltsentwurf führen zur Verfassungswidrigkeit

»Der von der Landesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf 2006 erfüllt nicht die Grundsätze des Haushaltsausgleichs und der Haushaltswahrheit. Daher ist er verfassungswidrig«, sagt der Finanzexperte der SPD-Landtagsfraktion Heiner Aller.

Zum Ausgleich des Zahlenwerks sind auf der Einnahmeseite rund 100 Millionen Euro aus Erlösen des Verkaufs der niedersächsischen Landeskrankenhäuser (LKH) veranschlagt. Diese Einnahmen hätte wegen fehlender Veranschlagungsreife nicht als Einnahme in den Haushalt eingestellt werden dürfen.

Die Landesregierung hat nach der Verfassung den Haushaltsentwurf aufzustellen. Darin dürfen aber nur die Einnahmen aufgenommen werden, die voraussichtlich auch tatsächlich eingehen werden. Bei den Verkaufserlösen aus der geplanten LKH-Privatisierung ist dies aber sehr unwahrscheinlich: Die rechtliche Frage, ob die LKH überhaupt privatisiert werden dürfen, ist höchst umstritten. Die Landesregierung hat offenbar von ihrem Plan Abstand genommen auch den Maßregelvollzug an ein privates Unternehmen zu übertragen, da dies offenkundig verfassungswidrig wäre. Das führt aber zwangsläufig zu einem geringen Kaufpreis. Darüber hinaus ist völlig offen, wel-

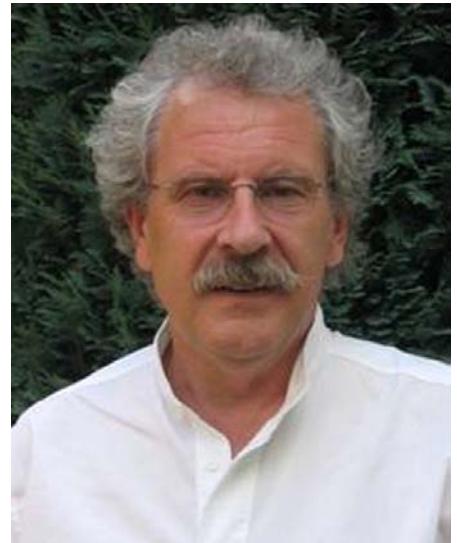
cher Kaufpreis am Markt erzielt werden könnte.

Die Landesregierung selbst hat bereits bei der Verabschiedung des Haushaltsentwurfes 2006 nicht zweifelsfrei die Höhe der möglichen Erlöse aus dem Verkauf der Landeskrankenhäuser einschätzen können. Offensichtlich hat sie deshalb eine »gegriffene« Summe veranschlagt. In der Presseinformation der Staatskanzlei vom 5.7.2005 zum Haushalt 2006 heißt es:

»Die Landesregierung hat beschlossen, die zehn Landeskrankenhäuser zu privatisieren. Die Landeskrankenhäuser sollen in einem Bieterverfahren europaweit ausgeschrieben werden, so dass die Höhe des Kaufpreises derzeit nicht feststehen kann.«

Bereits im Haushalt 2004 wurden Einnahmen von 152 Millionen Euro aus Veräußerungserlösen von Domänen eingestellt, die nie geflossen sind.

Aller: »Damals hat Finanzminister Möll-



Heiner Aller, Finanzexperte

ring die Bedenken der SPD-Fraktion mit dem Hinweis vom Tisch gewischt, die Klostertammer stünde »Gewehr bei Fuß«, gewissermaßen auf Zuruf, die eingeplanten 152 Millionen auf den Tisch zu legen.« Tatsächlich ist das Geld nicht geflossen.

Die SPD-Fraktion hat die Landesregierung daher aufgefordert, dem Parlament umgehend einen neuen, verfassungsgemäßen Haushaltsentwurf vorzulegen.

Materialliste

Flugblätter zu Wulffs Halbzeitbilanz

Hochschulpolitik: Keine Chance für die Wissenschaft

Landwirtschaftspolitik: Ländlicher Raum wird abgehängt

Kultuspolitik: Schulpolitik – sparen und tricksen statt fördern und optimieren

Umweltpolitik: Keine Lobby für die Umwelt

Innenpolitik: Innenpolitik mit Rambo Schünemann

Wirtschaftspolitik: Niedersachsens Wirtschaft fällt zurück

Justizpolitik: Rechtsstaat infrage gestellt

Sozialpolitik: »Soziale Eiszeit« in Niedersachsen

Format: DIN-A-4 – Farbe: schwarz-rot – Kosten: 3 Cent/Stück zuzüglich Porto

Flugblatt »Volksbegehren für den Erhalt des Blindengeldes – Gegen soziale Kälte in Niedersachsen.«

Format: DIN-A-4 – Farbe: schwarz-weiß – Kosten: keine

Plakate

Plakat »Volksbegehren für den Erhalt des Blindengeldes – Gegen soziale Kälte in Niedersachsen.«

Format: DIN-A-1 Hochformat – Farbe: schwarz-rot – Kosten: keine

Ankündigungsplakat Wolfgang Jüttner

Format: DIN-A-1 Hochformat – in Farbe – Kosten: 0,90 Euro/Stück zuzüglich Porto

Weitere Informationsmaterialien im Internet unter: <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=6532&lang=de>

**Volksbegehren für den
Erhalt des
Blinden-
geldes.**
Gegen soziale Kälte in
Niedersachsen.



»Vorwürfe völlig haltlos«

Günter Lenz weist Verstrickung in VW-Affäre zurück

Günter Lenz, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und Betriebsratsvorsitzender bei VW Nutzfahrzeuge in Hannover, wird in Teilen der Medien immer wieder in Zusammenhang mit der VW-Affäre gebracht. Dazu ein paar Hintergrundinformationen:

Alle Anschuldigungen – egal ob in BILD, Focus oder Stern veröffentlicht – stützen sich auf eine einzige Quelle: Klaus Gebauer. Der ehemalige VW-Manager wird rechtlich von dem schleswig-holsteinischen FDP-Fraktionsvorsitzenden Kubicki vertreten. Er hat vor geraumer Zeit seinen Job bei dem Autokonzern verloren, weil er an einem undurchschaubaren Geflecht von Tarnfirmen beteiligt war und sich dabei kräftig in die eigene Tasche gewirtschaftet hat.

Gebauer lanciert seit Monaten die immer gleichen Vorwürfe gegen Günter Lenz: Er habe an »Lustreisen« und »Sex-Partys« teilgenommen. Günter hat gegenüber den Medien, den Beschäftigten bei VW-Nutzfahrzeuge und auch in zahlreichen Gesprächen mit der Fraktionsführung klar gestellt, dass diese Anschuldigungen völlig haltlos sind. Die Fraktion hat nach wie vor nicht den geringsten Zweifel an den Aussagen von Günter Lenz.

Nun hat Gebauer in einer Vernehmung am vergangenen Donnerstag gegenüber der Staatsanwaltschaft Braunschweig seine Vorwürfe gegen Günter Lenz wiederholt, ohne allerdings irgendwelche An-

haltspunkte für die Richtigkeit seiner Behauptungen vorzulegen. Konkret geht es dabei um ein Treffen, das angeblich am 18. Oktober 2000 in Hannover stattgefunden haben soll. Günter Lenz kann nachweisen, dass er an dieser Veranstaltung – sollte sie sich wirklich ereignet haben – nicht teilgenommen hat.

Die Staatsanwaltschaft muss den Aussagen nun von Amts wegen nachgehen und hat das auch dem Landtagspräsidenten in einem Schreiben mitgeteilt. Dass die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen so schnell aufgenommen hat, hat einen simplen Grund: Sollte das angebliche Treffen am 18. Oktober 2000 strafrechtlich relevant sein, ist Eile geboten. Denn nach fünf Jahren (also in wenigen Tagen) würde die Angelegenheit verjähren. Günter Lenz wird darauf drängen, möglichst schnell von der Staatsanwaltschaft angehört zu werden. Er wird alle Vorwürfe rückhaltlos entkräften.

Günter hat von den Vorermittlungen am Sonntag dem 9. Oktober durch einen Journalisten der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* erfahren. Nach Stand der Dinge ist nicht davon auszugehen, dass



**Günter Lenz,
wirtschaftspolitischer Sprecher**

die offensichtlich gezielte Indiskretion von der Staatsanwaltschaft Braunschweig lanciert wurde.

Ein Großteil der niedersächsischen Medien hat in den vergangenen Wochen weitgehend fair über die Vorwürfe berichtet. Die Berichterstattung insbesondere der BILD Hannover trägt aber Züge einer Kampagne, die Günter Lenz und seine Familie schwer belastet.

Termine

18.10.2005 – 12:00 Uhr

Fraktionsvorstand

Restaurant Leineschloss – Niedersächsischer Landtag – Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 – 30159 Hannover

25.10.2005 – 12:00 Uhr

Fraktionsvorstand

Restaurant Leineschloss – Niedersächsischer Landtag – Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 – 30159 Hannover

01.11.2005 – 12:00 Uhr

Fraktionsvorstand

Restaurant Leineschloss – Niedersächsischer Landtag – Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 – 30159 Hannover

01.11.2005 – 14:00 Uhr

Fraktionssitzung

Raum 122 – Niedersächsischer Landtag – Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 – 30159 Hannover

05.11.2005 – 10:00 Uhr

SPD-Landesparteitag Niedersachsen
Stadthalle Walsrode

07. bis 08.11.2005

Haushaltsklausur der Landtagsfraktion in Melle

09. bis 11.11.2005

Landtagsplenum
Niedersächsischer Landtag – Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 – 30159 Hannover

14. bis 17.11.2005

SPD-Bundesparteitag in Karlsruhe

21.11.2005

Symposium zum geplanten Verkauf der Landeskrankenhäuser

Skandalisierung als Mittel der politischen Auseinandersetzung

Der neue »Stil« des politischen Umgangs im Landtag

Persönliche Diffamierungen und Angriffe haben im demokratischen Wettbewerb um politische Mehrheiten und in den Parlamenten eigentlich nichts zu suchen. Und doch werden sie immer wieder verwendet – leider auch von Sozialdemokraten. Die CDU- und die FDP-Fraktionen haben dieses Mittel im September- und Oktoberplenum des Landtags nun aber geradezu strategisch inszeniert. In dieser geballten Form ist das Vorgehen schon »der Rede wert«.

Geübt hatten sie schon länger. Jetzt gelang ihnen bei den SPD-Abgeordneten Lenz und Schwarz aber die Meisterprüfung. Günter Lenz wurden vor und während seiner Rede ständig und penetrant schon fast tumultartig gestört. Als er dann völlig entnervt zu einer nicht politisch korrekten Gegenattacke gegenüber dem Ministerpräsidenten griff, war bei der CDU die (gespielte?) Empörung groß. Auf ihren Antrag hin wurde die Sitzung unterbrochen und der Ältestenrat zwang mit der CDU/FDP-Mehrheit Günter Lenz zu einer Entschuldigung. Der Anteil der CDU-Fraktion an diesem Eklat wurde allerdings vom Ältestenrat nur nebenbei thematisiert. – Im nächsten Plenum war dann Uwe Schwarz dran. Als eine zugespitzte politische Formulierung die CDU allzu sehr ärgerte, lief das gleiche Muster ab. Tumultartige Szenen bei CDU/FDP und –

von der Regierungsbank her flankierte – Angriffe auf das Präsidium. Es folgte eine Unterbrechung der Sitzung und Missbilligung der Äußerung von Uwe Schwarz durch die CDU/FDP-Mehrheit im Ältestenrat.

Beide Male sollte der »Schwarze Peter« bei der SPD hängen bleiben. – Klar ist aber: Bei Günter Lenz hat sich die CDU mit ihren Zwischenrufen, die sich auf die falschen Vorwürfe der Teilnahme an so genannten »Luxusreisen« bei VW bezogen, in die Reihen der Vorverurteiler eingereiht. Mit Uwe Schwarz sollte ein profunder Kritiker des Verkaufes der Landeskrankenhäuser verunsichert und von den eigentlichen politischen Fronten abgelenkt werden.

Ein vor allem beim CDU-Fraktionsvorsitzenden, aber auch beim Minister Möllring

beliebtes Mittel ist das Vortragen von unvollständigen oder verkürzten Zitaten. Damit soll die individuelle Glaubwürdigkeit eines Abgeordneten oder die politische Glaubwürdigkeit der gesamten SPD-Fraktion untergraben werden.

Die SPD-Fraktion hat daraus gelernt und wird sich in Zukunft nicht mehr so einfach »über den Tisch« ziehen lassen. Im Oktober-Plenum haben wir immer dann durch Geschäftsordnungsanträge oder persönliche Erklärungen dagegengehalten, wenn sich wiedereinmal eine solche Entwicklung abzeichnete. Mittlerweile hat aber auch die CDU-Führung offenbar gemerkt, dass eine solche Strategie in der Öffentlichkeit nicht gut ankommt. Auf jeden Fall gibt es inzwischen eine mündliche Übereinkunft, zukünftig solche Skandalisierungen im Parlament zu vermeiden.

Gebühren für »öffentliche Güter« in der Diskussion

Privatisierte Abwasserentsorgung führt zu massiven Gebührenerhöhungen

Die Kosten für die kommunale Versorgung der Bürgerinnen und Bürger für die Dienste, die salopp auch mit »Gas, Wasser, Sch...« umschrieben werden, rücken mehr und mehr in die öffentliche Diskussion. Das wichtigste Stichwort dabei: Privatisierung. Vor allem von der FDP in Niedersachsen wird der Verkauf von kommunalen Diensten an Private gewaltig vorangetrieben.

Dies hat die SPD jetzt in einer Anfrage an Umweltminister Sander (FDP) aufgegriffen. Von dem inzwischen als Speerspitze des liberalen Entstaatlichungswahn bekannten Kabinettsmitgliedes wollte sie wissen, wie weit er es mit der Entstaatlichung der Abwasserentsorgung treiben will.

Von profundem Sachverstand des Minister war die Debatte im Landtag allerdings nicht geprägt. Stattdessen erging er sich – offenbar zur Ablenkung von der Sache – in Diffamierungen der kommunalen Selbstverwaltung.

Umweltminister beschimpft Kommunen

Argumente für die von ihm geplante Pri-

vatisierung der Abwasserentsorgung brachte der Minister nicht vor. Statt dessen beschimpfte er die niedersächsischen Kommunen und ihre Vertreter als in der Tendenz unredlich, weil sie auch sachfremde Kosten in die Preiskalkulation einfließen ließen. Er warf den Städten und Gemeinden auch pauschal vor, im Abwasserbereich unwirtschaftlich zu arbeiten.

Offensichtlich passt es ihm nicht, dass sich die Kommunalen Spitzenverbände einhellig gegen seinen Privatisierungswahn ausgesprochen haben. In der Debatte empfahl der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Haase, dem Minister sich einmal bei seinen Parteifreunden in Meppen zu erkundigen. CDU und FDP wollen dort die Gebühren senken, weil die kom-



Hans-Dieter Haase,
umweltpolitischer Sprecher

munale Abwasserentsorgung so erfolgreich wirtschaftet. Seine Pläne würden hingegen zu erheblichen Gebührenerhöhun-

gen führen, weil dann für jeden Euro an Abwassergebühren 16 Cent Mehrwertsteuer zu zahlen wären.

Der Umweltminister will mit der Änderung des Wassergesetzes den Kommunen den Verkauf ihrer Kläranlagen und Abwasserleitungen ermöglichen. Diese Überlegungen werden auch von den Kommunalen Spitzenverbänden abgelehnt. Denn wenn die Pläne umgesetzt werden, unterliege die Abwasserentsorgung der Mehrwert-

steuer – egal, ob sie von den Städten und Gemeinden oder Privaten betrieben würde.

Der Umweltminister verschweigt, dass bereits heute zahlreiche Möglichkeiten für Kooperationen bzw. Betreibermodelle bestehen, um die Abwasserentsorgung wirtschaftlich zu optimieren. Dabei bleibt sie hoheitliche Aufgabe und Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und ist damit von der Umsatzsteuer befreit.

»Herr Minister Sander konnte wieder keinen einzigen sachlichen Grund für seine Position vorbringen. Offensichtlich geht es ihm nur darum, ein vermeintlich liberales Thema zu besetzen. Ich kann nur hoffen, dass die CDU diesen Blödsinn stoppt. Denn sonst müssen alle Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen in Zukunft für die Abwasserentsorgung noch tiefer in die Tasche greifen«, kommentiert der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Hans-Dieter Haase.

Landesregierung hat noch immer nicht begriffen, dass Verbraucherschutz eine Querschnittsaufgabe ist

Auch nach der Beantwortung der Großen Anfrage noch zahlreiche Fragen offen

Verbraucherpolitik ist eine Querschnittsaufgabe die fast alle Politikbereiche berührt. Dies meint Sigrid Leuschner, verbraucherschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag. »Diese Landesregierung hat zwar ein Ministerium, das den Titel Verbraucherschutz im Namen führt, in der konkreten Anwendung ist diesbezüglich aber Fehlanzeige.«

Die Auswertung der Großen Anfrage der SPD-Landtagsfraktion (Drs. 15/2149) zum Thema Verbraucherschutz in Niedersachsen hat dies einmal mehr gezeigt: Eine Vernetzung der einzelnen Ministerien in Sachen Verbraucherschutz findet nicht statt, es wird nicht mal eine Notwendigkeit dafür gesehen.

In einem immer stärker wachsenden Markt und der mit ihm steigenden Unübersichtlichkeit, muss der Verbraucherschutz gestärkt werden. Dafür ist es zum einen not-

wendig, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Schutze der Verbraucherinnen und Verbraucher zu wahren und zu erweitern.

Zum anderen ist es aber auch zwingend erforderlich, dass die Organisationen, Institutionen, Landesbehörden und Kommunen in die Lage versetzt werden, diese Aufgaben auch qualifiziert bewältigen zu können. Leuschner stellt fest: »Davon ist in der Beantwortung der Großen Anfrage der Landesregierung nichts zu lesen.«



**Sigrid Leuschner,
Verbraucherschutzexpertin**

Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte Userinnen und User können sich auf der Internetseite www.spd-landtag-nds.de mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategie und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikeldienst, Musterpressemitteilungen, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc.

Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTiLs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.

Im Gegenteil: Die finanzielle Ausstattung der Institutionen wird weiter beschnitten. So kürzt die Landesregierung bis 2007 der Verbraucherzentrale eine Millionen Euro bei der institutionellen Förderung. Dem zum Trotz schmückt sich die CDU/FDP-Regierung mit Programmen, die noch aus Zeiten der SPD-Landesregierung stammen.

»Wir brauchen mehr statt weniger Beratung und Information für Verbraucherinnen und Verbraucher!« so Leuschner, »Finanzielle Kürzungen, Einschränkung von Kontrollen und Verweis auf Klagemöglichkeiten sind nach unserer Auffassung der falsche Weg. Doch diesen will die Landesregierung offensichtlich gehen. Nicht mit uns!«

Konnexitätsprinzip – Warten auf Godot?

CDU und FDP müssen Blockade schleunigst aufgeben

»Die Löcher in den Straßen werden immer größer, die Gesichter immer länger«, schreibt der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund. Das Fazit: »Man fühlt sich als Kommune verhöhnepiebelt.«

Tatsache ist, dass sich die kommunale Ebene von der CDU/FDP-Landesregierung verschaukelt fühlen muss: Erst werden den Kommunen durch CDU und FDP im Landtag mittlerweile 312 Millionen Euro aus dem Finanzausgleich vorenthalten. Nun wird auch noch die Einführung des strikten Konnexitätsprinzips auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben.

Dabei steht der Ministerpräsident im Wort: Für die ersten hundert Tage seiner Regierungszeit hatte Wulff den Kommunen eine Verfassungsänderung versprochen. Sie sollte den Kommunen ein verfassungsmäßig verankertes Abwehrrecht gegen Eingriffe des Landes verschaffen. Doch passiert ist nichts. Bereits im Februar 2004 erklärte der CDU-Innenminister, man sei sich mit den kommunalen Spitzenverbänden schon »bis auf einige Komata« einig. In Kürze würde ein mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmter Gesetzesentwurf folgen.

Einen Gesetzentwurf haben CDU und FDP

erst im September 2004 vorgelegt. Mit der weitestgehenden Einigkeit mit den kommunalen Spitzenverbänden war es augenscheinlich nicht weit her: Die einvernehmliche Stellungnahme der drei kommunalen Spitzenverbände zum CDU/FDP-Entwurf fällt entsprechend vernichtet aus: »Sollte an den bisherigen Formulierungen festgehalten werden, so lehnen wir den (...) Entwurf insgesamt ab, da er zu keiner Verbesserung des verfassungsrechtlichen Schutzes der kommunalen Gebietskörperschaften führt.«

Die SPD-Fraktion hat jetzt den Druck auf die Landtagsmehrheit verschärft. Gemeinsam mit den Landtagsgrünen hat sie einen mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmten Kompromissvorschlag als Gesetzentwurf eingebbracht. Dazu der innenpolitische Sprecher Heiner Bartling: »Das Konnexitätsprinzip kann schon im November vom Landtag verabschiedet werden. CDU und FDP müssen jetzt zeigen, ob sie zum Wort des Ministerpräsidenten stehen.« Bartling ist jedoch skep-



**Heiner Bartling,
innenpolitischer Sprecher**

tisch: »Nachdem die Mitglieder der Landesregierung in der Vergangenheit den Mund in Sachen Konnexität sehr voll genommen hatten, ist es jetzt auffallend still geworden. In der aktuellen Landtagsdebatte hat die Landesregierung jedenfalls vollständig geschwiegen.«

Landesregierung vernachlässigt Europapolitik »Lissabon-Strategie« in Niedersachsen mangelhaft umgesetzt

Die EU-Staats- und Regierungschefs trafen sich Anfang 2000 in Lissabon, um neue Ziele für den europäischen Wirtschaftsraum festzulegen. Heraus kam die »Lissabon-Strategie«.

Diese soll die EU bis 2010 zum »wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt« machen. Laut einer Zwischenbilanz im Jahre 2004 sollen künftig fünf Politikbereiche in Vordergrund stehen:

- Die Wissenschaft und Forschung,
- der Binnenmarkt,
- der Bürokratieabbau,
- der Arbeitsmarkt und
- die ökologische Nachhaltigkeit.

Gemeinsam mit der EU-Kommission müssen die Mitgliedsstaaten die Lissabon-Strategie umsetzen. In Deutschland bedeutet dies, die im EU-Vergleich starken Bundesländer einzubeziehen. Die SPD-Landtagsfraktion machte die Aktivitäten Niedersachsens zum Thema im Landtag,

um die Defizite aufzuzeigen. Im Zentrum dabei standen:

1. Wissenschaft und Forschung

Eine der wichtigsten Forderungen der Lissabon-Strategie ist die Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Auf mindestens 3 % des Bruttoinlandproduktes sind diese zu steigern. Nach den Kürzungsorgien an den Hochschulen ist Niedersachsen weit von diesem Ziel entfernt. Nur 2,4 % betragen die Ausgaben in Niedersachsen. Baden-Württemberg dagegen gibt 3,9 % für Forschung und Entwicklung aus.

2. Arbeitsmarkt

Seit dem Regierungswechsel in Niedersachsen verschieben sich wichtige arbeits-



**Rosemarie Tinus, Sprecherin für
Bundes- und Europaangelegenheiten**

marktpolitische Indikatoren zuungunsten der Beschäftigten. Die Frauenerwerbsquote ging 2004 erstmalig seit Anfang der 1990er zurück. Bei der Jugendarbeitslosigkeit hält unser Bundesland mittlerweile die »Rote Laterne« der westdeutschen Bundesländer. Ansätze, diese Zustände zu ändern, sind nicht erkennbar.

3. Ökologische Nachhaltigkeit

Umweltpolitik, aber auch in diesem Sektor tätige Unternehmen, werden in Nie-

dersachsen stiefmütterlich behandelt. Bei der Landesregierung finden die neuen »Global Player« keine Erwähnung. Dabei ist Niedersachsen Spitze bei den Erneuerbaren Energien. – Trotz der Steine, die Umweltminister Sander diesen beständig in den Weg legt.

Fazit

Insgesamt zeigt sich die Landesregierung in ihrer Europa- und Lissabon-Politik konzeptionslos. Ein Europakonzept ist

beispielsweise noch in Arbeit – fünf Jahre nach Verabschiedung der Lissabon-Strategie. Ansonsten hört man auf die dringendsten Fragen beständig den neoliberalen Dreiklang aus Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung. Dieses sei die beste Medizin für Wachstum und Entwicklung unseres Landes. Die Bürgerinnen und Bürger scheinen dies jedoch anders zu sehen: Das Wahlergebnis vom 18. September sprach eine deutlich andere Sprache.

Wulf und Schünemann als Trittbrettfahrer – Landesregierung blamiert sich bei der WM-Vorbereitung

»Nur noch peinlich!« – So kommentierte eine Teilnehmerin an der Eröffnungsfeier der »FUSSBALL GLOBUS FIFA WM 2006« den Auftritt von Ministerpräsident Wulff im hannoverschen Rathaus. Recht hat die Frau. – Sie brachte zum Ausdruck, was viele wussten. Da drängelte sich jemand ins rechte Bild, der bisher noch keine Antwort auf die Frage gegeben hat, ob und wie sich das Land Niedersachsen – auch finanziell – in die Vorbereitung am WM-Austragungsort Hannover einbringen will. In Sachen Beteiligung am Marketingkonzept für Hannover, die Region und das Land herrscht Funkstille.

Schünemann muss ran, lautet die Forderung der SPD. »Es kann nicht sein dass sich die Niedersächsische Landesregierung auf die Zuschauerränge verdrückt, während andere Bundesländer mit WM-Austragungsorten kräftig in diese Marketingchance investieren«, kritisiert der Vorsitzende der SPD in der Region Hannover, Heinrich Aller, die Rolle der Regierung Wulff. Er forderte die Landesregierung auf, sich aktiv am Marketing für die Fußball-WM, auch am Austragungsort Hannover, zu beteiligen. Sportminister Schünemann gehöre unverzüglich an einen Runden Tisch mit der Stadt Hannover, der Region und dem Nds. Fußballverband. »Wer sich nicht engagiert, gehört auch nicht aufs Bild!« kritisierte der SPD-Politiker.

Von Ehrenamtlichen und Sponsoren erwartet das Land zwar Engagement und Geld, hält sich selbst aber vornehm zurück. Noch ist es Zeit, Hannover, die Region und das Land im Vorfeld der WM sportlich, gastfreudlich und attraktiv für das Publikum zu präsentieren. Es kommt einem verschossenen Elfmeter gleich, die Marketing-Chance WM 2006 nicht gemeinsam mit dem Austragungsort zu nutzen.

Vielleicht bewegt der Auftritt von Christian Wulff mit »Kaiser« Franz doch noch was und aus der Staatskanzlei heißt es: »Los, Schünemann, jetzt musst du ran!«

Lernmittelfreiheit: Eindeutiges Votum von 160.000 Bürgerinnen und Bürgern schlicht ignoriert = Politikverdrossenheit Vorschub geleistet

Der Kultusausschuss des Landtages hatte am 23.9.2005 Vertreter der »Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung« angehört. CDU und FDP beharrten nach der Anhörung auf ihrer starren Haltung in Sachen Lernmittelfreiheit. Die Initiatoren der Volksinitiative behandelten sie entgegen aller parlamentarischen Gepflogenheit schroff und abweisend.

Auch wenn CDU und FDP die Mehrheit im Landtag besitzen und diese arrogant gegenüber politisch engagierten Bürgerinnen und Bürgern ausspielen, bleiben die Argumente für die SPD-Landtagsfraktion richtig:

- Die Abschaffung der Lernmittelfreiheit durch Schwarz-Gelb zum Schuljahr 2004/2005 führte zu erheblichen finanziellen Belastungen der Eltern.

- Dazu kommt ein enormer Verwaltungsaufwand an den Schulen.
- Nach einer aktuellen Studie geben Eltern von Schülerinnen und Schülern an allgemein bildenden Schulen rund 3,6 Milliarden Euro für Nachhilfe und Schulbücher aus. Dieser Trend zur immer stärkeren Abwälzung der Kosten für die Schulausbildung auf die Eltern muss gestoppt werden. Ansonsten wird sich die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft noch weiter zuspielen.

Die Initiative wurde von mehr als 160.000 Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen unterstützt. Mit ihnen gemeinsam fordert die SPD-Landtagsfraktion die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit.



Ingrid Eckel,
schulpolitische Sprecherin

Stratmanns Kulturpolitik ohne Impulse

»Gegenüber bundesweit einhundert Millionen Besucherinnen und Besuchern von Museen »verzwergen« sich die Bundesliga-Spiele zu Sparteneignissen. Die Fußballfans mögen diesen Vergleich verzeihen, aber die Zahlen sind eindeutig.«, sagte die kulturpolitische Sprecherin Christina Bührmann. Allein in Niedersachsen haben 2004 rund 7,5 Millionen Menschen die Museen besucht.

Angesichts dieser Zahlen kann nicht von einer Museumskrise geredet werden. Wahr ist aber auch: die Museen stehen heute vor Herausforderungen, die so groß sind wie nie zuvor. Kulturminister Minister Stratmanns Liste der Fehlentscheidungen ist lang wie nie zuvor:

- Alle Projektmittel für nichtstaatliche Museen sind an die Landschaftsverbände zur Verteilung gegangen. D. h., Mittel, die früher unmittelbar für die Förderung nichtstaatlicher Museen zur Verfügung standen, stehen damit zur allgemeinen Disposition.
- Noch ist völlig offen, ob, in welcher Art und in welchem Umfang die Zusammenarbeit zwischen dem Museumsverband Niedersachsen und Bremen sowie den »Landschaften« überhaupt stattfinden wird. Die fachliche Kompetenz des Museumsverbandes muss

aber bei der Genehmigung von Fördermitteln einbezogen werden.

Die Landesmuseen sind die Flaggschiffe von Niedersachsen. Aber behandelt die Landesregierung sie auch so? – Nein! Nach Sparauflagen der Landesregierung kam es zu Unstimmigkeiten mit den Museumsdirektoren. Danach sah selbst die Landesregierung die Notwendigkeit einer strukturellen Veränderung ein. Die angestrebte Umwandlung in Landesbetriebe ab 2006 findet die Unterstützung der SPD. Gleichwohl ist dies nur ein Zwischenschritt zu weiterer Selbständigkeit. Die Position der Landesregierung lässt erwarten, dass 2006 die Museen keineswegs in Landesbetriebe umgewandelt werden. Vielmehr werden sie zu Pseudo-Landesbetrieben, da die Kosten der Umwandlung nicht zur Verfügung gestellt werden. Es darf aber nicht vorrangig um ein Sparmodell, son-



**Christina Bührmann,
kulturpolitische Sprecherin**

dern um die Handlungsfähigkeit der Museen insgesamt gehen. Die SPD wird deshalb diesen Prozess kritisch begleiten.

Niedersachsen darf mit seinen Landesmuseen nicht hoffnungslos ins Hintertreffen geraten.

Vorwahl für Städte, Gemeinden und Landkreise SPD-Landesverband verabschiedet Kommunalpolitische Leitlinien

»Am 10. September 2006 sind die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen zur Kommunalwahl aufgerufen. Für die niedersächsische SPD ist das eine besondere Wahl.

»Nachdem wir bei der Bundestagswahl 2005 wieder mit Abstand die stärkste politische Kraft in Niedersachsen geworden sind, gilt es, die Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie in den Kommunen zu bestätigen. Unser Ziel ist, durch eine überzeugende Kommunalpolitik erneut zur bestimmenden politischen Kraft in Niedersachsen zu werden.« Mit dieser ebenso klaren wie realistischen Ansage beginnt der Entwurf »Kommunalpolitischen Leitlinien«. Diese sollen vom SPD-Landesparteitag am 5. November 2005 diskutiert und verabschiedet werden. In diesen von ehrenamtlichen und hauptamtlichen kommunalen Praktikern erarbeiteten Leitlinien wird eine klare inhaltliche Zielbestimmung vorgenommen:

- Verbesserte Familienfreundlichkeit durch mehr Kinderbetreuung und Ganztagschulen,
- eine neue Arbeitsmarktpolitik
- sowie Bürokratieabbau und
- verstärkte interkommunale Zusammenarbeit

sollen zentrale Bestandteile der sozialdemokratischen Kommunalpolitik sein.

Gleichzeitig erfolgt mit Blick auf die CDU/FDP-Landesregierung eine Absage an neoliberalen Tendenzen: »Wir bekennen uns ausdrücklich zu einem starken und handlungsfähigen Staat, der seine Aufgaben im Interesse der Menschen erfüllen kann.«

Deutlich auch die Kritik an den von CDU und FDP zu verantwortenden Kürzungen des Kommunalen Finanzausgleichs: »Kernziel sozialdemokratischer Kommunalpolitik sind lebenswerte Städte und Gemeinden. Neben der unerlässlichen Verwaltung unseres Gemeinwesens stellt die aktive Gestaltung und nachhaltige Verbesserung des Lebens-, Arbeits- und Wohnumfeldes der Bürgerinnen und Bürger in den niedersächsischen Kommunen für uns die zentrale Herausforderung dar. Dabei ist uns bewusst, dass dies vor dem Hintergrund der sehr schwierigen Finanz-



**Ulrich Mägde,
Oberbürgermeister von Lüneburg**

situation vieler Kommunalhaushalte ein ehrgeiziger politischer Anspruch ist.«

Der Entwurf der »Kommunalpolitischen Leitlinien« ist im Internet unter www.spd-niedersachsen.de zu finden.